

# Dresdener Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden  
Adolf & Comp., Nr. 1268

Vertrieb: Dresden  
und Sächsl. Staatsbalt

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Belegungen  
"Nach der Arbeit" und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelsnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: bis 20 mm breite Kompartimentszeile 30 Pf., bis 90 mm breite Reklamszeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenbelegung 10 Pf.

Nr. 169

Dresden, Donnerstag den 23. Juli 1925

36. Jahrg.

## Das Kompromiß

Von Herm. Fleißner, M. d. R.

Die Sache ist gemacht! Wie bereits berichtet wurde, hat man sich am Dienstagabend nach langem Hin und Her geeinigt. Das Zentrum ist umgefallen! Der neugeborene Viktor Stegerwald ist mit seinen Arbeitervertretern in den agrarisch-reaktionären Flügel der Zentrumskolonnen eingetreten. Draußen im Lande werden diese ehrenwerten Herren die Schwefelung aber ganz bestimmt noch als einen großen Erfolg pfeifen. Denn — der auch ihrer Logik „größte Stein des Anstoßes“ ist aus dem Wege geräumt: Die Mindestzölle auf Getreide sind gefallen. Sand in die Augen! Keine Salbe! Ohne Schwierigkeit sofort erkennbar. Die Vereinbarung, bei Verhandlungen wegen Abschluß von Handelsverträgen nicht unter 3 M. bzw. 3,50 M. zu gehen, bedeutet natürlich eine starke, die Agrarier bevorzogene, die Verbraucher schädigende Bindung.

Ein kleines, aber bemerkenswertes Zwischenstück sei erwähnt. Noch am Dienstagmittag erklärte im Ausschuß Minister Graf Ranitz in seiner Rede, protokolliert durch einen sozialdemokratischen Zwischenruf: er halte an den Mindestzöllen fest. Weitere Zwischenfrage: Und die Regierung? Antwort: Die Regierung bin ich nicht über die Mehrheit. Das war zu derselben Zeit, da die Schacherei bereits dem Endergebnis zuträbe. Daß ein solches Verhalten der Regierung offen und ehrlich wäre, kann man nicht gerade sagen.

Bei Nichterfüllung sieht dieses Kompromiß noch gefährlicher aus als die ursprüngliche Zollvorlage, soweit die Interessen der Verbraucher in Betracht kommen. Die Vollen sind nur ein wenig gewechselt. An Stelle des Gewinns treten Mindestzölle auf Vieh und Fleisch. Es ist unerhört, daß diese neuen Mindestzölle etwa 50 Prozent höher gehalten werden sollen als die Vertragszölle der Vorkriegszeit! Was bedeutet das? Die Vertragszölle betragen bis zu Beginn des Krieges pro Doppelzentner:

Rindvieh (lebend) . . . . .	8 bis 12 M.
Schweine (lebend) . . . . .	9 M.
Schafe (lebend) . . . . .	8 M.
Fleisch (frisch und gestrohen) . . . . .	27 bis 35 M.
Fleisch (einfach zubereitet) . . . . .	35 M.

Rechnet man zu den mitgeteilten Zollfüßen der früheren Zeit die 50 Prozent Erhöhung, die beabsichtigt ist, so ergibt sich eine Verteuerung des Fleisches durch die Zölle von ungefähr — je nach Art und Qualität — 6 bis 26 Pf. pro Pfund! Diese Ziffern sagen alles! Die Wirkung der Preissteigerung wird um so plöthlicher und empfindlicher sein, weil jetzt, seit dem Kriege, keine Zölle auf Vieh und Fleisch bestehen. (Dieser Zustand ist „vorübergehend“, wie sich die Regierung in der Vorlage auszudrücken beliebt.)

Dazu kommt noch folgendes. Amerikanisches Gefrierfleisch, besonders das argentinische, hat sich in Deutschland wegen seiner Billigkeit und Güte immer mehr eingeführt. Dieser Umstand in Verbindung mit der Tatsache, daß wir eine starke Unterernährung besonders im Fleischverbrauch hatten, führte zu jener Verordnung, nach der auf zehn Jahre die Einfuhr von Gefrierfleisch zollfrei bleiben sollte. Dieser Verordnung wurde später auf Drängen der Sozialdemokratie durch den Reichstag Gesetzeskraft verliehen. Sie wird durch die Zollnovelle schlankweg aufgehoben! An ihrer Stelle will man eine kleine Konzession machen, indem ein gewisses Kontingent von Gefrierfleisch zollfrei eingeführt werden darf. Da es nach der Einfuhr vom Jahre 1924 bedauerlich wird, und die Einfuhr wegen der Nachwirkungen der Inflation, der Schwierigkeit der Devisenbeschaffung, der allgemeinen Geldknappheit und Kreditnot verhältnismäßig gering war, wird diese Konzession an der verteuerten Wirkung der Fleischzölle nichts ändern. Also nichts weiter, als eine kleine Geste, die die Wirklichkeit verschleiern soll! — In Betracht kommt ferner, daß bis zum Abschluß von Handelsverträgen nach dem Kompromiß wahrscheinlich der wahnsinnig hohe autonome Getreidezoll angewendet wird.

Dieser erbärmliche Schacher mit dem Ergebnis der Fleisch- und Viehzölle wird noch besonders ins rechte Licht gesetzt, wenn man sich die Zustände vergegenwärtigt, die sich auf dem Gebiet der Fleischnahrung entwickelt haben. Der Fleischverbrauch war schon in der Zeit vor dem Kriege, verglichen mit andern Ländern, gering. Gering im Durchschnitt, und noch bedenklicher bei den körperlich und geistig schwer arbeitenden Massen. Die Ernährungsphysiologen Mübner und Voit fordern vom Standpunkt rationaler Ernährung mindestens 200 g Fleischnahrung für den erwachsenen Menschen pro Tag. Im Jahre 1923 betrug der Verbrauch pro Kopf in Amerika 83 g Fleisch, in Deutschland aber nur 21 g! Da auch alle andern wichtigsten Lebensmittel: Getreide, Fisch, Butter, Milch, Käse, Eier usw. stark im Verbrauch zurückgegangen waren, wurden die Ernährungsverhältnisse für die Masse des Volkes in Deutschland von wissenschaftlicher Seite als „ein katastrophaler Zustand“ bezeichnet. Wir schicken Kranke, verarmte Schulkindestern ins Ausland, damit sie nicht hungern und gar degenerieren. Waren froh über die Hilfe der Länder, die deutsches Ernährungsgeld mildern halfen. Wir haben die erschreckenden Resultate der ärztlichen Schulkindesternuntersuchungen. Auf alles dies lassen die Agrarzölle die

die Faust aufs Auge! Und nun gar noch hohe Mindestzölle auf Fleisch, das die breiten Massen am nötigsten brauchen!

Man denke auch daran, daß die „Ernährung auf der eigenen Scholle“, von der Graf Ranitz schwärmte, immer mehr ins Reich der Phantasie gerückt ist. Denn: im Jahre 1910 entfielen in Deutschland auf ein Quadratkilometer Land 122 Köpfe, im Jahre 1924 aber 132! Vergrößerte Dichte der Bevölkerung erhöht natürlich die Schwierigkeit der Ernährung, erfordert also noch dem gesunden Menschenverstand noch mehr als bisher Erleichterung der Einfuhr von Lebensmitteln. Schon in den Jahren 1912/13 führten wir nach Ausmaß pro Jahr 12½ Millionen Tonnen Lebensmittel für Menschen und Tiere ein. Nach Professor Herms wurden 1930 in Deutschland 65 Millionen Menschen leben. Nach dem Getreidebedarf von 1913 waren pro Kopf und Jahr 224 Kilo nötig. Demnach müssen wir 1930 14,8 Millionen Tonnen Getreide haben. Die sehr gute Ernte 1923 erbrachte einen Ertrag von nur 9,6 Millionen Tonnen. Geben diese Zahlen nicht dem Sinne zu denken?! Die sprunghaftesten Preissteigerungen der Lebensmittel in den letzten Monaten sind nur zu bekannt. Das Emporsteigen der Reichsindexziffer um 2,1 Prozent in einem Monat zeigte ebenfalls die Bedenklichkeit der Lage.

Jede Partei, die unter solchen Umständen für Agrarzölle eintritt, verflucht sich an den breiten Massen des Volkes. Damit ist dem Zentrum, das sich gerade in letzter Zeit volksfreundlich zu gebenden suchte, das Urteil gesprochen. Seine Haltung hat aber sicher noch gewisse Hintergründe. Von dieser reaktionären Reichsregierung kann es seine feinen Ansichten entsprechende reaktionäre und kirchlich abgestempelte Schulgesetzgebung erhoffen. Die

Schwarzen werden bereits Bescheid wissen. Ein Sturz dieser Regierung liegt also nicht im Interesse der Zentrumspartei, der die kulturpolitischen Fragen ja stets die wichtigsten waren. Aber auch die Demokraten scheinen bedenklich zu wackeln. So wurde im Ausschuß von dieser Seite kürzlich — wohl nicht ohne Absicht — darauf hingewiesen, daß die deutsche Wirtschaftspolitik durch das Reparationsabkommen auf den Weg einer beratigen Zollpolitik gedrängt werde. Wo man mit solchen Entschuldigungen bei der Hand ist, ist schon etwas faul.

## Vor schweren Arbeitskämpfen

D. Berlin, 23. Juli. (Eig. Funkpruch.) Eine Vollversammlung des Berliner Ortsausschusses des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich am Mittwoch mit den Vollversammlungen des Reichstags. Sie faßte folgenden Beschluß:

„Die am Mittwoch dem 22. Juli tagende Plenarversammlung des Ortsausschusses Berlin des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes erwidert in den von der Reichstagsmehrheit geplanten Schutzmaßnahmen eine unerhört schwere Belastung des gesamten werktätigen Volkes. Sie protestiert mit aller Entschiedenheit gegen jeglichen Schutz auf Brot, Getreide, Fleisch, Gemüse und sonstige Lebensmittel aller Art. Sie protestiert auch aufs schärfste gegen die Wiedereinführung von Industriegewerkschaften, die die ganze deutsche Wirtschaft in eine neue Krise hineinträgen würden.“

Die Plenarversammlung weist darauf hin, daß eine weitere Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel unweigerlich zu schweren Arbeitskämpfen führen muß. Sie wird alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ergreifen, um die neuen Schädigungen der Interessen des arbeitenden Volkes abzuwehren.“

## Von Erzberger bis Westarp

Die unabänderliche Linie der Außenpolitik — Stresemanns Erklärungen — Breitscheid rechnet mit den Deutschnationalen ab — Westarp und der neue deutschnationale Umfall

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Ueberraschungen konnte die außenpolitische Aussprache im Reichstage nicht mehr bringen. Nachdem in wochenlanger mühseliger Arbeit eine äußerliche „Einigung“ im Reichskabinett erzielt worden ist, nachdem der Auswärtige Ausschuß festsitzend vor Abendung der Note beraten hat, und nachdem die Note selbst in die Welt hinausgegangen und veröffentlicht worden ist, konnte die Debatte im Reichstag nur noch Rückschau sein und zugleich ein Versuch, etwa noch bestehende Unklarheiten zu beseitigen.

Außenminister Stresemann sprach wieder nicht frei, sondern hielt sich an ein Manuskript gebunden, eine Redeweise, die ihm erst unter der strengen Aufsicht des Reichskanzlers Luther anezogen worden ist. Seine Rede brachte nichts Neues. Er nimmt für seine Politik in Anspruch, daß sie von den Dames-Gesegen an bis zum Sicherheitspakt eine gerade Linie verfolge. Er hätte hinzufügen müssen, daß diese Linie noch weiter zurückreicht auf Ebert, Erzberger, Wirth und Rathenau, in deren Bahnen ja Stresemann erst nach jahrelangem Besinnen eingeschwenkt ist. Die geringe Jumeigung, der sich der Außenminister im Reichstage erweist, kam in einem eifigen Schweigen nach seiner Rede zum Ausdruck. Nur in der Deutschen Volkspartei riefen etliche seiner Freunde ein schüchternes Bravo.

Der sozialdemokratische Redner Breitscheid wußte die schwankende und unehrliche Haltung der Deutschnationalen so wichtig darzustellen, daß immer wieder Weisungen und beifällige Heiterkeit von links her bis weit in die Mittelparteien sich fortzöhlten. Als Breitscheid geendet hatte, erfolgte stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten und Demokraten, schwaches Nicken auf der Rechten, das durch einen neuen Beifallssturm ersetzt wurde.

Nun kam für den Grafen von Westarp eine schwere Stunde. Er, der die Hege gegen den Sicherheitspakt im Auswärtigen Ausschuß und in der Öffentlichkeit betrieben hat, er, der diese Sicherheitspolitik für ganz unvereinbar mit den deutschnationalen Gedanken hielt, mußte nun einen schweren parlamentarischen Umfall vollziehen. Bei der geringen Elastizität des Grafen wurde der Umfall entsprechend schwerfällig. Er meinte, man solle den bisherigen Streit um die Außenpolitik begraben. Die Rede war sehr milde gehalten. Zwar gab sich Graf Westarp einige Mühe, den rebellierenden deutschnationalen Wählern klarzumachen, daß seine Außenpolitik sich doch etwas von der früheren Kabinette unterscheide, aber der ihm folgende Zentrumredner Dr. Kaas tat ihm nicht den Gefallen, dieses Versöhnungsmandat mitzumachen. Mit unterstrichenen Deutlichkeit sagte der Zentrumredner, seine Partei habe für die Fortsetzung der früheren deutschen Außenpolitik gesorgt, die vom Zentrum seit dem Kriegsende stets betrieben worden sei. Das Zentrum habe sich jeder Umiegung dieser Linie mit aller Kraft widersetzt und werde auch in Zukunft diese Politik forsetzen. Still hörten die deutschnationalen Abgeordneten diese Abreibung an. Hier ist ihnen von ihrer Koalitionspartei befehligt worden, daß die jetzige deutschnationale Außenpolitik, sei sie nun ehrlich gemeint oder unehrlich betrieben, nichts anderes als die mit allen Waffen und Mitteln bekämpfte Erfüllungspolitik früherer Jahre ist.

Die sogenannte „nationale Opposition“, die von den Deutschnationalen nun längst preisgegeben ist, kam an diesem

Tagen eigentlich nur durch den Kommunisten Stoeker zu Wort. Er hatte infolge dessen die Genugtuung, daß ihm neben zwei fraktionskollegen auch vier deutschnationale Abgeordnete mit Andacht zuhörten. Neues brachte seine Rede nicht; sie war der alte in 10 000 Volksversammlungen abgedroschene Ausruf zum Schutz- und Trugbündnis mit Sowjetrußland, zu einer stillen Orientierung gegen den westeuropäischen Imperialismus. Was bei einer solchen Politik aus dem Rheinlande und aus der deutschen Wirtschaft werden soll, ist von den Kommunisten noch niemals, und auch jetzt nicht von ihrem Redner im Reichstage, ausgesprochen worden.

Am Donnerstag wird die Debatte, wahrscheinlich mit einer Rede des Reichskanzler, fortgesetzt.

## Sitzungsbericht

99. Sitzung, Mittwoch, 22. Juli  
Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die außenpolitische Aussprache, die mit verschiedenen Ergänzungsetats verbunden ist.

Außenminister Dr. Stresemann:  
In meiner Reichstagsrede vom 18. Mai habe ich die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu der Frage der Sicherheiten dahin charakterisiert, daß eine Lösung ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland sein würde. Aus diesen Erwägungen haben wir die Folgerungen gezogen, daß wir uns positiv an der Lösung der Sicherheitsfrage beteiligen müssen. Das deutsche Memorandum hat seine Verantwortung durch die französische Note vom 18. Juni gefunden. In der französischen Note ist bereits der Versuch gemacht, konkret auf das Problem des Sicherheitsvertrages einzugehen. Wir mußten an dem aufgeworfenen Problem Stellung nehmen. Nur durch eine sachliche Darlegung unserer Grundgedanken konnte die Lösung des Problems weiter gefördert werden. Nachdem nun der Gesamtkomplex der Diskussion feststeht, darf man den Stand der Erörterungen vielleicht in folgenden Punkten zusammenfassen: Das Ziel der Erörterungen ist der mit Deutschland zu schließende Post. Welche Mächte sich daran vielleicht noch weiter beteiligen, ist bis zur Stunde nicht zu übersehen. Zweifelsfrei ist die sehr insbesondere nach der Stellung Italiens. Wir können unsererseits der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich auch Italien an der Lösung des Problems beteiligt. Der Kernpunkt des Vertragswerks bildet der Garantiepakt.

Neben diesem Punkt, über den ein vorläufiges Einverständnis festgestellt werden kann, bestehen noch einige bedeutsame Punkte, insbesondere der Ausbau der Schiedsverträge, die Stellung, die Deutschland innerhalb des Völkerbundes einnehmen muß. Wir hoffen in bezug auf diese Fragen, daß die sachliche Förderung dieser Fragen zur Folge haben wird. Wir lehnen den Gedanken ab, daß innerhalb des Schiedsgerichtesverfahrens der Sekundär gleichzeitig Schiedsrichter sein muß. Die deutsche Antwort wendet sich gegen den Versuch, das Schiedsgerichtverfahren zu ersetzen durch das subjektive Ermessen des einzelnen Staates. Diese sachliche Darlegung des deutschen Standpunktes hat in Paris und London volle Würdigung gefunden.

Die deutsche Antwort bildet die Grundlage für weitere Erörterungen, die, wie wir hoffen, zu Verhandlungen führen werden, die das mit unserer Note angebotene Ziel sicherstellen. Wir dürfen uns daher der berechtigten Hoffnung hingeben, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Wenn nicht alles täuscht, so besteht auch für die Fortsetzung dieser Erörterungen die Atmosphäre der Londoner Konferenz, die schon einmal zur Lösung

Seite 13  
HNUNG  
DLUNG  
Bad  
Meierei  
ull  
fest  
gung usw.  
Beleuchtung  
70 Pl. 1168  
läser  
lage  
se 25  
achl.  
ke  
enz  
stube  
er  
21  
ierkener  
alrSu-  
Gläser!  
issenschaft  
inerplatz 11  
ast.  
ebnar Kraft  
natur und 30  
Bauart. 1. J.